

AKTUELL

SVP-Kantonalparteitag

Mittwoch, 13. April 2022, 20.00 Uhr

Gasthof Schützen, Aarau

Parolenfassungen zu den Abstimmungen vom 15. Mai

1. Begrüssung

2. Parolenfassungen zu den Abstimmungen vom 15. Mai

Eidg. Vorlagen:

1: Filmgesetz:

Pro: In Anfrage

Contra: Nationalrat Thomas Burgherr

2: Transplantationsgesetz: Nationalrat Alois Huber

3: Weiterentwicklung Schengen-Besitzstand:

Nationalrat Andreas Glarner

Kant. Vorlagen:

4: Amtsenthebungs-Initiative:

Grossrat Urs Winzenried

5: Steuergesetz:

Pro: Grossrat Andy Steinacher

Contra: Grossrätin Isabelle Schmid, Grüne

3. Verschiedenes



Inhaltsverzeichnis

Audiatur et altera pars – Man höre auch den anderen Teil! <i>von Andreas Glarner, Nationalrat, Kantonalparteipräsident, Oberwil-Lieli</i>	3
Einladung zum SVP-Kantonalparteitag, 13. April 2022	5
Organspende fördern – aber nicht mit Zwang <i>von Alois Huber, Nationalrat, Wildeggen</i>	7
SVP Maitagung, Bremgarten	8
Nein zum Filmgesetz <i>von Thomas Burgherr, Nationalrat, Wiliberg</i>	9
Schengen und Frontex – eine schwierige Ausgangslage... <i>von Andreas Glarner, Nationalrat, Kantonalparteipräsident, Oberwil-Lieli</i>	11
Ja zur Volksinitiative «Schaffung der Möglichkeiten der Amtsenthörung» <i>von Urs Winzenried, Grossrat, Aarau</i>	13
Ja zur Steuergesetzrevision <i>von Andy Steinacher, Grossrat, Schupfart</i>	15
Fakten zur Corona-Pandemie <i>von Jean-Pierre Gallati, Regierungsrat, Wohlen</i>	17
SVP Frauen Aargau	19
20 Jahre Club «Bürgerliche 100» Marco Chiesa zu Gast im Aargau <i>von Vreni Friker, Oberentfelden</i>	25
Was Wann Wo	27

Mitteilungsblatt der SVP Aargau

Parteisekretariat und Re- daktion des SVP Aktuell SVP Aargau

Pascal Furer (Fu)
Parteisekretär
Gässli 4
5603 Staufen
Tel. 062 823 73 70
Fax 062 823 73 71
E-Mail: info@svp-ag.ch
Internet: www.svp-ag.ch
PC-Konto: 50-1650-3

Parteipräsident:

Andreas Glarner
Nationalrat
Oberwil-Lieli

Inserate:

SVP Aargau
Parteisekretariat

Layout und Druck:

Weibel Druck AG, Windisch

Erscheinungsdaten 2022:

Redaktionsschluss jeweils 15
Tage vorher.

Nr. 3: 2. August 2022
Nr. 4: 3. Oktober 2022

Inseratepreise:

1/1 S. 135x180 mm Fr. 300.–
1/2 S. 135x 88 mm Fr. 160.–
1/3 S. 135x 58 mm Fr. 110.–
1/4 S. 43x 88 mm Fr. 90.–
Zuschlag für 4-farbige Inserate: 50%
Zuschlag für 2. Farbe SVP-Grün: 20%
Wiederholungsrabatt (4x im Jahr): 10%

Audiatur et altera pars – Man höre auch den anderen Teil!

von Andreas Glarner, Nationalrat, Kantonalparteipräsident, Oberwil-Lieli



Mit keinem Wort – und dies sei gleich zu Beginn und mit allem Nachdruck betont und bekräftigt – mit keinem Wort möchte ich den von Putin gegen die Ukraine angezettelten Krieg rechtfertigen. Aber die wie bei Corona äusserst einseitige Berichterstattung der Medien ist einfach himmelstürzend. Und getraut sich jemand – wie NR Franz Grüter als Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats eine etwas differenzierte Haltung einzunehmen, wird schonungslos auf ihn eingepregelt.

Im römischen Recht wurde genau der im Titel beschriebene Grundsatz etabliert und er gehört bis heute zum Anspruch für einen gerechten Prozess. Und so erlaube ich mir, die Geschichte seit dem Mauerfall etwas zu beleuchten. Macht man dies, wird einem bald klar, dass Russ-

land durchaus berechnete Ansprüche hat. Russland warnte den Westen mehrfach und reichte immer wieder die Hand zum Frieden. So erlaubte Russland die Abschaffung der Demarkationslinie zwischen Ost und Westdeutschland, löste den Warschauer Pakt auf, zog seine Truppen aus Osteuropa ab und vertraute auf die mündliche Zusage, dass die ehemaligen Mitglieder des Warschauer Pakts nicht der NATO beitreten. Bis 2004 waren dann fast alle Mitglieder des Warschauer Pakts der NATO beigetreten. Russland verhielt sich ruhig.

Im Jahre 2001 machte Putin dem Westen im Deutschen Bundestag ein Angebot für eine enge Partnerschaft, um die Spaltung der Vergangenheit zu überwinden. Dieses Angebot wurde schnöde abgelehnt. Es gab mit Weissrussland, der Ukraine und den drei baltischen Staaten einen Puffer zwischen der Nato und Russland. 2004 wurden die baltischen Staaten Mitglieder der NATO. Trotz dieser veritablen Verletzung der Pufferzone blieb Russland ruhig. 2014 putschte man die russlandfreundliche Regierung der Ukraine aus dem Amt und installierte eine USA-freundliche Regierung. Im gleichen Moment begannen die USA, die Ukraine zu infiltrieren und eine Nato-Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen. Dies war die zweite eklatante Verletzung der

Pufferzone. Durch den Putsch der US-Amerikaner genötigt, besetzte Russland die Krim.

Der Westen versuchte auch in Weissrussland die Regierung zu stürzen, was misslang, aber es war der dritte Angriff auf die Pufferzone zwischen der Nato und Russland. Russland blieb trotz allem noch immer ruhig. Putin forderte ein letztes Mal die Garantie, dass die Ukraine kein Mitglied der NATO wird und Donezk und Lugansk sich weitgehend auf dem Gebiet der Ukraine selbst verwalten dürfen. Dies wurde vom Westen abgelehnt. Die Folge: Russland marschiert in der Ukraine ein. Um den Krieg zu beenden, verlangt Putin nun eine Garantie der Neutralität und eine Entmilitarisierung der Ukraine, eine Anerkennung von Donezk und Lugansk als Volksrepubliken und eine Anerkennung der Krim als russisches Hoheitsgebiet. Dies wird vom Westen abgelehnt. Man muss es leider mit aller Deutlichkeit sagen: Wenn dieses Angebot nicht angenommen wird, sind die EU und die USA ganz klar schuld an jedem weiteren Opfer dieses Krieges.

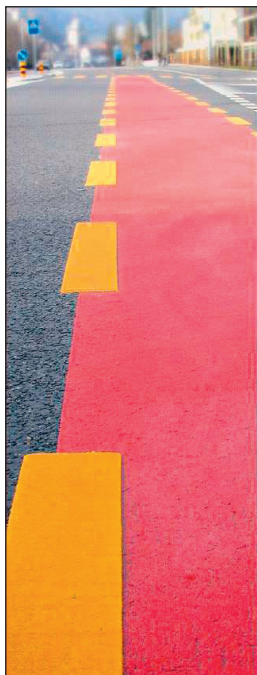
Dass die Schweiz ihre seit 1815 bestehende Neutralität durch Übernahme der Sanktionen fahrlässig über Bord warf, wurde nicht nur in Russland mit gros-

Fortsetzung auf Seite 4

sem Stirnrunzeln registriert. Der Westen wird sehen, dass die Boykotte genau auf ihn zurückfallen werden. Es wird wohl ein kalter Winter werden im 2022/23... Einmal mehr hat

Europa nun aber die Flüchtlingsströme einer völlig verfehlten Politik zu tragen – was auch die Schweiz hart treffen wird. Nun sind wir gefordert. Halten wir unsere Häuser und Herzen offen

für die Menschen, die nun wirklich an Leib und Leben bedroht mit den letzten Habseligkeiten geflohen sind.



ROBERIT
LABOSIM | KLOSE-VITAL
Markierung & Signalisation

Markierung und Signalisation seit 1948

Kontakt:

0848 018 018
www.roberit.ch • info@roberit.ch

ROBERIT AG

Standorte:

Windisch AG • Ballwil LU • Lausanne VD • Liestal BL • Münsingen BE

... dort, wo Sicherheit zählt



Einladung zum

SVP-Kantonalparteitag

**Mittwoch, 13. April 2022, 20.00 Uhr,
Gasthof Schützen, Aarau**

Traktanden

1. Begrüssung

2. Parolenfassungen zu den Abstimmungen vom 15. Mai

Eidg. Vorlagen:

1: Filmgesetz:

Pro: In Anfrage

Contra: Nationalrat Thomas Burgherr

2: Transplantationsgesetz: Nationalrat Alois Huber

3: Weiterentwicklung Schengen-Besitzstand: Nationalrat Andreas Glarner

Kant. Vorlagen:

4: Amtsenthebungs-Initiative: Grossrat Urs Winzenried

5: Steuergesetz:

Pro: Grossrat Andy Steinacher

Contra: Grossrätin Isabelle Schmid, Grüne

3. Verschiedenes

Auf einen interessanten Anlass freuen wir uns.

Mit freundlichen Grüssen

SVP Aargau

Präsident
Andreas Glarner

Parteisekretär
Pascal Furer

Weizen- und Spezialmühle Getreidesammelstelle



Knecht Mühle AG
Oberdorf 123
5325 Leibstadt
Tel. 056 247 11 44
info@knechtmuehle.ch
www.knechtmuehle.ch



Eine gute Wahl:
Hansjörg Knecht

Ein «Körnchen» besser.



Wir bürgen für Aargauer Qualitätsweine

Peter Wehrli

Reb- und Weinbau
5024 Küttigen
Tel. 062 827 22 75
Fax 062 827 00 17
wehrli-weinbau@bluewin.ch
www.wehrli-weinbau.ch

Weingut Lindenmann

Brestenberger Weine
5707 Seengen
Tel. 062 777 14 26
Fax 062 777 14 66
info@weingut-lindenmann.ch
www.weingut-lindenmann.ch

Weingut Alter Berg

Michael Deppeler
5306 Tegerfelden
Tel. 056 245 30 75
Fax 056 245 52 75
info@weingut-alter-berg.ch
www.weingut-alter-berg.ch

Organspende fördern – aber nicht mit Zwang

von Alois Huber, Nationalrat, Wildegg



Mit der Initiative «Organspende fördern – Leben retten», über welche wir am 15. Mai abstimmen, fordern die Initianten eine Verfassungsänderung, welche auf dem Grundsatz der vermuteten Zustimmung beruht. So soll von der Zustimmung zur Organspende ausgegangen werden, sofern die verstorbene Person zu Lebzeiten nicht widersprochen hat, oder Angehörigen nicht bekannt ist, dass der oder die Verstorbene eine Organspende nicht ablehnt. Der Art. 119a in der Bundesverfassung soll deshalb mit einem zusätzlichen Absatz 4 ergänzt werden: «Die Spende von Organen, Gewebe und Zellen einer verstorbenen Person zum Zweck der Transplantation beruht auf dem Grundsatz der Zustimmung, es sei denn, die betreffende Person hat zu Lebzeiten ihre Ablehnung geäussert».

Die Meinungsbildung zu Organspende ist ein sehr persönlicher

Prozess. Dabei gibt es kein richtig oder falsch. Sicherlich ist eine Organspende für viele Personen lebensnotwendig und soll auch unkompliziert und schnell möglich sein. Ist man gewillt, sich für eine Organspende zur Verfügung zu stellen, besteht heute die Möglichkeit, sich im nationalen Organspenderegister einzutragen. Bei einer Annahme der Initiative wäre es neu so geregelt, dass an jeder Person eine Organentnahme möglich ist, sofern einer solchen nicht schriftlich widerspricht. Es gibt viele Argumente für oder gegen eine Organspende. Sich dafür zu entscheiden ist für viele nicht einfach und benötigt eine persönliche Auseinandersetzung mit diesem Thema. Auch kann eine Situation im persönlichen Umfeld einen Entscheid beeinflussen. Eine Verfassungsänderung, wie sie von den Initianten verlangt wird, ist aus meiner Sicht ein Eingriff in das Persönlichkeitsrecht, da ich im Voraus einen nicht vorhersehbaren Eingriff an meinem Körper verhindern muss, sofern ich diesen nicht will. Ein nicht geäussertes Ja oder Nein wird automatisch zu einem Ja. Viele Personen werden mit diesem Thema nicht nur sprachlich überfordert sein und könnten dadurch ungewollt zu Organspender werden. Um die Organspende zu fördern, bestehen sicherlich andere Möglichkeiten, als einen passiven Zwang.

Legen sie am 15. Mai 2022 ein Nein in die Urne. Sie verhindern dadurch keine Organspende, sondern stärken unsere Willensfreiheit.



MAITAGUNG

— BREMGARTEN —

Freitag, 13. Mai 2022

18.30 – 23.00 Uhr, Casino Wohlen



Adrian Amstutz

Ehem. Fraktionspräsident im Bundeshaus und Alt-Nationalrat:

«Wohin führt die Massenzuwanderung»

18.30 Uhr

19.00 – 19.15 Uhr

19.15 – 20.30 Uhr

20.30 – 20.40 Uhr

20.40 – 21.30 Uhr

ab 21.30 Uhr

ca. 23.00 Uhr

Anmeldung / Reservation

Türöffnung

Begrüssung:

Grossrat René Bodmer, Präsident SVP Bezirk Bremgarten

Nachtessen (Eintritt inkl. Nachtessen Fr. 35.-)

Grussbotschaft aus Aarau: Regierungsrat Jean-Pierre Gallati

**Referat: ehem. Fraktionspräsident im Bundeshaus und
Alt-Nationalrat Adrian Amstutz**

Diskussion und individuelle Gespräche

Unterhaltung mit den «Stubenhöckler»

Ende

Online: www.svp-bezirkbremgarten.ch (ab 14. April, 17.00 Uhr)

Alle SVP-Mitglieder und Sympathisanten sind herzlich willkommen!

Nein zum Filmgesetz

von Thomas Burgherr, Nationalrat, Wiliberg



Am 15. Mai 2022 dürfen wir als Stimmbürger über das Filmgesetz, besser bekannt als Lex Netflix, entscheiden.

Am 1. Oktober 2021 hat das Parlament die vom Bundesrat vorgeschlagene Änderung des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur (Filmgesetz) beschlossen.

Die Änderung soll dem digitalen Wandel beim Filmkonsum Rechnung tragen. Das Gesetz will die Streaming-Plattformen und Fernsehsender gleichstellen.

Ausgangslage:

Schon heute sind inländische Fernsehsender verpflichtet, 4 Prozent ihres Umsatzes in das Schweizer Filmschaffen zu investieren. Filme und Serien werden aber immer mehr im Internet zum Abruf (Streaming) angeboten. Für die global tätigen Streamingdienste gibt es in der Schweiz bis jetzt keine Investitionspflicht. In anderen

Ländern gib es vielfach solche Verpflichtungen.

Änderungen:

Das neue Filmgesetz sieht vor, dass Online-Anbieter, wie Netflix, Amazon oder Disney+, mindestens 30 % europäische Filme anbieten und diese auch kennzeichnen müssen. Für Fernsehveranstalter gilt bereits seit 1993 eine Quote von 50 %. Ausserdem müssen die Plattformen 4 % ihres Umsatzes in das schweizerische Filmschaffen investieren. Wenn sie nicht, oder nur ungenügend investieren, müssen sie eine Ersatzabgabe leisten.

Da die Jungparteien von FDP, SVP und GLP das Referendum gegen die geplanten Investitionspflicht für Streamingdienste das Referendum lancierte, hat nun das Stimmvolk das letzte Wort.

Auch ich empfehle Ihnen, dieses Gesetz abzulehnen.

Es kann nicht sein, dass sowohl Konsumentinnen und Konsumenten als auch private TV-Sender zur Mitfinanzierung einer staatlichen Aufgabe gezwungen werden. Bereits heute bekommt der Schweizer Film vom Bund und den Kantonen Förderungsgelder in der Höhe von rund 150 Millionen Franken. Das neue Gesetz würde diese Förderung um 20 %, also rund weitere 30 Millionen Franken erhöhen. Ich bin sicher, dass die Qualität der inländischen Filme so nicht

besser würden, sondern einfach nur teuer. Der Staat unterstützt vielfach Projekte, welche sich nicht am Markt orientieren und es dementsprechend zu wenig Leute hat, welche diese Filme konsumieren. Dazu ein Beispiel. Der Film «Ceux qui travaillent» wurde mit über einer Million Franken vom (linken) Bundesamt für Kultur gefördert und erhielt 2019 sogar den Schweizer Filmpreis. Nur 4'700 Besucher haben diesen Film im Kino gesehen. Wir Steuerzahler haben somit jedem Kinobesucher den Eintritt mit ca. Fr. 220.– subventioniert. Dies ist leider kein Einzelfall.

Das neue Filmgesetz ist auch unfair gegenüber der Jugend. Gerade diese nutzen die Online-Anbieter, wie Netflix, Amazon oder Disney+. Diese Privatunternehmungen werden nun mit einer neuen Steuer bestraft. In Zukunft müssten diese 4 % von ihrem Umsatz an die Schweizer Filmförderung abgeben.

In Anbetracht, dass der Gewinn von privaten TV-Sender, ca. 5 % beträgt, müssten diese 80 % ihres Gewinnes dem Staat abliefern. Diese privaten Unternehmungen, welche sich in den letzten Jahren erfolgreich neben dem Staatsmedium SRG positioniert haben, will der Staat nun noch mehr besteuern und dementsprechend schwächen. Das geht nicht! Die Folge davon wären höhere Abgebühren und mehr Werbung.

Fortsetzung auf Seite 10

Konsumentinnen und Konsumente zahlen bereits heute über ihren Haushalt via Serafe (früher Billag) eine überrissene Mediensteuer von 335.– Franken pro Jahr an die SRG. Diese unterstützt die Filmförderung schon heute indirekt. Zusätzlich zur neuen Steuer wird auch das Onlinefilmange-

bot reguliert. Diese Regulierung kommt von der EU, welche die Anbieter – mit einem europäischen Heimatschutz – zwingen will, 30 % ihrer Filme aus Europa zu beziehen. Die Herkunft der Filme und Serien soll der Konsument, in der Schweiz, weiterhin frei wählen können.

Mit einem klaren Nein zeigen wir, dass wir nicht bereit sind höhere Steuern und Abgaben zu leisten und uns vorschreiben zu lassen, welche Filme wir konsumieren dürfen.



Lüpold AG
5103 Möriken

Der kompetente Fachbetrieb für:

- Kanalreinigung
- Ablaufentstopfung
- Kanalfernsehen
- Strassenreinigung
- Schachtentleerung
- Spezialsaugarbeiten
- Entsorgung von Sonderabfällen



Es suberi Sach!



E zuekonftsorientierti Firma....

..... unterstützt e zuekonftsorientierti Politik

Tel. 0628 870 870 www.luepold.ch

Schengen und Frontex – eine schwierige Ausgangslage...

von Andreas Glarner, Nationalrat, Kantonalparteipräsident, Oberwil-Lieli



Die Schweiz gehört zum Schengen-Sicherheitsverbund. Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) unterstützt die Schengen-Staaten operativ bei der Kontrolle der Schengen-Aussengrenzen. Die Schweiz arbeitet seit über zehn Jahren mit Frontex zusammen. Seit Ende 2019 wird Frontex in der EU ausgebaut. Mit dem Ausbau erhält Frontex mehr Geld und mehr Personal. Die Schweiz soll nun ihren Anteil an dieser Reform übernehmen. Diese Vorlage verspricht eine effizientere Kontrolle der Aussengrenzen. Sie bringt aber auch mehr Kosten und mehr Personal. Dagegen wurde das Referendum ergriffen.

Die SVP war im Abstimmungskampf 2005 gegen das Abkommen. Und alles, was wir damals als Argumente dagegen ange-

führt haben, ist eingetreten... Wir haben die Verantwortung für unsere Grenze an die EU delegiert – wir dürfen nicht mehr selbst kontrollieren, sondern hoffen, dass an der Aussengrenze richtig kontrolliert wird. Und natürlich sind die Aussengrenzen der EU löchrig wie ein Knöpfli. Der Bundesrat lobt das Schengener Informationssystem (SIS). Ja, gewisse Erfolge sind dort zu verzeichnen und es ist gut, dass wir beim SIS mitmachen. Aber diese Leistung könnten wir auch einkaufen... und überhaupt: Ist es sinnvoll, die eigenen Grenzen nicht mehr zu kontrollieren, diese Kontrollen an die EU zu übertragen – und dann zu hoffen, dass dies dann richtig gemacht wird? Und dann – weil einfach jeder reinkommen kann – sich auf das Fahndungssystem zu stützen und die dort erzielten Erfolge zu feiern?

Und natürlich kostet es auch viel mehr, als damals versprochen. Man sprach im Abstimmungskampf von 2.3 Mio CHF – und nun spricht sogar unser Ueli Maurer in einer Anfrage am 14.6.2021 plötzlich von «es bitzeli» mehr: Für 2021 knapp 24 Millionen Franken; für 2022 sind es rund 38 Millionen; für 2023 sind es knapp 42 Millionen; und für das Jahr 2024 sind es knapp 46 Millionen. Man kann sich ja mal etwas verschätzen... **Doch nun kommt es knüppeldick: Die Kosten steigen ge-**

mäss Vorlage sogar auf 61 Millionen im Jahr 2027!

SP und Grüne lehnen die Vorlage aus völlig anderen Gründen ab. Die Linken wollten alle 2 Jahre mindestens 4'000 Flüchtlinge im Rahmen des Resettlements aufnehmen. Und sie verlangen auch, dass wer einen Menschen mit Gewalt oder unter Androhung von Gewalt daran hindert, um Asyl in der Schweiz oder in einem Schengenstaat nachzusuchen, mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr bestraft wird... SP, GLP und Grüne behaupten, dass die Schweiz angebliche Menschenrechtsverletzungen durch Frontex mitverantwortet, indem sie die Agentur finanziell unterstützt.

Immerhin dürfen Einsätze der Schweiz gemäss Vorlage nicht vom Kontingent der Grenzschützer an den Schweizer Grenzen abgezogen werden. Frontex-Einsätze unterliegen einem ähnlichen Genehmigungsverfahren wie die Militäreinsätze im Ausland. Über Einsätze bis sechs Monate befindet der Bundesrat, über sechs Monate die Bundesversammlung.

Die Vorlage umfasst auch humanitäre Ausgleichsmassnahmen im Asylrecht. Die Rechtsmittel der Asylsuchenden werden ge-

Fortsetzung auf Seite 12

stärkt und die Unterstützung bei Beschwerdeverfahren wird ausgeweitet.

Falls die Schweiz diese Schengen-Weiterentwicklung ablehnt, endet ihre Zusammenarbeit mit den Schengen- und Dublin-Staa-


ten automatisch – es sei denn, die EU-Staaten und die EU-Kommission kommen der Schweiz entgegen.

Tel. 056/441 61 85
info@werthmueller.ch
www.werthmueller.ch
Letzistrasse 16
5213 Villnachern

Werthmüller
Baugeschäft AG




Mit Werthmüller gebaut, das haut!




OESCHGER DRUCK AG

Ocostrasse 20
Postfach 250
5330 Bad Zurzach


Telefon 056 249 12 22
info@oeschgerdruck.ch
oeschgerdruck.ch




Beratung



Druck



Ausrüstung



Versand/Logistik

Geschäftspapiere
Kuverts
Blocks
Dokumappen
Garnituren
Flyer/Folder
Plakate/Roll-Ups

Trauerdrucksachen
Tischsets
Broschüren/Bücher
Ringbücher
Personalisierung
Lettershop
Versand

dynamisch. schnell. verlässlich.

12

SVP – kreativ und fortschrittlich

Ja zur Volksinitiative «Schaffung der Möglichkeiten der Amtsenthebung»

von Urs Winzenried, Grossrat, Aarau



Mit der Amtsenthebungsinitiative vom 4. Juni 2020 verlangt die Bürgerlich-Demokratische Partei Aargau (BDP) die Schaffung einer gesetzlichen Regelung mit der Möglichkeit der Amtsenthebung und der Einstellung im Amt von Mitgliedern von Behörden.

Der Regierungsrat hat mit Botschaft vom 11. August 2021 die Initiative formal/materiell als gültig erklärt und zur Annahme empfohlen. Der Grosse Rat hat in seiner Sitzung vom 30. November 2021 die Initiative mit 126 zu 0 Stimmen (SVP: 38 zu 0) für gültig erklärt und mit 95 zu 30 Stimmen (SVP: 33 zu 5 Stimmen) zur Annahme empfohlen.

Amtsenthebung bedeutet die endgültige Entbindung eines Behördenmitglieds von seinen Rechten und Pflichten. Einstel-

lung im Amt ist das Ruhen von Rechten und Pflichten während einer gewissen Zeit. Verschiedene Kantone kennen bereits entsprechende gesetzliche Regelungen und auch im Kanton Aargau existieren vereinzelt Bestimmungen auf Gemeindeebene oder bei den Gerichtsbehörden. Es ist sinnvoll, entsprechende Bestimmungen in genereller Weise auf weitere kantonale und kommunale Behörden mittels Regelung auf Gesetzesstufe auszudehnen. Eine zentrale Forderung besteht allerdings darin, dass eine Amtsenthebung oder Einstellung im Amt nur in Ausnahmefällen bei grobem Fehlverhalten möglich sein soll, damit die Kompetenzen des Souveräns einer Nichtwiederwahl des fehlbaren Behördenmitgliedes nicht geschmälert werden. Zu Recht ist die Abwahl (Abberufung) einer Behörde als Ganzes nicht vorgesehen.

Folgende Bereiche sollen gesetzlich geregelt werden:

- Amtsenthebung wegen Straftaten (behördlich Sonderdelikte wie Amtsmissbrauch oder allgemeine schwere Delikte wie Kapitalverbrechen).
- Amtsunfähigkeit aufgrund dauernder gesundheitlicher (physisch, psychisch) Einschränkungen, die eine Amtsausübung verunmöglichen.

- Verletzung von Amtspflichten ohne strafrechtliche Komponente wegen Wegfall von Wählbarkeitsvoraussetzungen (z.B. Wohnsitz), wegen Verletzung von amtspezifischen Pflichten (z.B. Trunkenheit) oder wegen Amtsunwürdigkeit (z.B. schweres ungebührliches Verhalten).

Von einer allfälligen Amtsenthebung oder Einstellung im Amt sollen auf kantonaler und kommunaler Ebene Mitglieder der Exekutive, der Legislative und der Judikative betroffen sein, und als Spruchkörper sind der Grosse Rat, der Regierungsrat sowie das Justizgericht vorgesehen. Betroffene Behördenmitglieder sollen im Sinne einer Rechtsweggarantie die Möglichkeit haben, ihren Fall von einer Rechtsmittelinstanz (Justizgericht, Verwaltungsgericht) beurteilen zu lassen.

Ebenfalls sollen die vorsorgliche Einstellung im Amt bei Dringlichkeit und die teilweise Einstellung im Amt (Dossierentzug) bei Krankheit, Befangenheit oder Arbeitsüberlastung möglich sein, aber auch eine allfällige Wiedereinsetzung im Amt oder die Regelung von Entschädigungsansprüchen sind vorgesehen.

Die Ausführungsgesetzgebung soll durch ein neues kantonales

Fortsetzung auf Seite 14

Amtsenthörungsgesetz oder durch Regelung in den bestehenden Gesetzen (GG, GVG, GOG) erfolgen.

Der Grosse Rat wird sich im Rahmen der Ausführungsgesetzgebung mit der Materie befassen und auch eine öffentliche Anhörung ist geplant.

Ich empfehle dem Stimmvolk, der Amtsenthebungsinitiative zuzustimmen.



**Besuchen Sie
unsere Ausstellung!**

5053 Staffelbach • Tel. 062 739 16 16 • www.hauriag.ch

Reisen für unvergessliche Erlebnisse.



Das macht Carmäleon Reisen einzigartig: moderne Cars, individuelle Betreuung, Sicherheit und höchster Komfort. Und eine grosse Auswahl. Lassen Sie sich von unseren Angeboten inspirieren...

Carmäleon Reisen AG

CH-5332 Rekingen, Telefon +41 56 298 11 11
www.carmaleon.ch



< indermühle >
bus

CARMÄLEON REISEN

Ganz und Car individuell

Ja zur Steuergesetzrevision

von Andy Steinacher, Grossrat, Schupfart



Die Steuergesetzrevision 2022 kommt am 15. Mai 2022 zur Abstimmung. Die kantonalen Parteien, SVP, EDU, FDP, GLP, Die Mitte, sowie die beiden Wirtschaftsverbände AGV und AIHK sind für die zukunftsorientierte Steuergesetzrevision. Die Revision wird langfristig die Standortattraktivität unseres Kantons erhöhen.

Höhere Pauschalabzüge für natürliche Personen, unser Wohnkanton wird aufgewertet.

Die Pauschalabzüge für Versicherungsprämien und Sparkapitalzinsen werden nach 21 Jahren deutlich erhöht. Für Verheiratete, von 4'000 auf 6'000 Franken, für die übrigen steuerpflichtigen Personen von 2'000 auf 3'000 Franken. Mit der Steuergesetzrevision werden die Abzüge in Zukunft automatisch an die Krankenkassenprämien angepasst. Mit der Erhöhung der Pauschalabzüge profitiert die aargauische Bevölkerung, unser Kanton wird

dadurch als Wohnkanton aufgewertet.

Erhöhung der Standortattraktivität. Sicherung von Arbeitsplätzen und Aufträgen.

Mit einem Gewinnsteuersatz von 18.6 % für ertragsstarke Unternehmen ist der Kanton Aargau seit der letzten Steuerrevision auf den drittletzten Platz, im Vergleich zu den restlichen Schweizer Kantonen, gefallen. Als Kleinunternehmen könnte man auch der Meinung sein, dass die «reichen», gewinnstarken Unternehmen die höheren Steuersätze auch verkraften. Jedoch ist es für diese Firmen einfach ihr Steuerdomizil, oder ihren Gewinn, in günstigere Kantone zu verschieben. Zuzufolge des Datenschutzes geschieht das ohne Aufsehen. 82 % der Gewinnsteuern werden von ca. 1300 Firmen bezahlt. Wenn eine dieser Firmen ihr Steuerdomizil verschiebt, verschiebt sie oft, auch ihre Investitionen an den neuen Ort, somit werden auch Arbeitsplätze gefährdet. Diese 1300 Firmen, die nach dem hohen Steuersatz von 18.6 % besteuert werden, beschäftigen über 36 %, aller Arbeitnehmer vom Kanton Aargau. Unzählige KMU, sind auch Zulieferer, oder Abnehmer, dieser ertragsreichen Firmen. Ziehen gewinnstarke Unternehmen weg, oder investieren weniger im Aargau, spüren das selbst auch kleine KMU. Die beantragte Steuersenkung soll zwischen 2022 und 2024 gestaffelt auf 15,1 Prozent reduziert werden. Das hat klar mit der

Sicherung von Arbeitsplätzen und Aufträgen von KMU, als Zulieferer zu tun. Zu beachten ist, dass die Arbeitnehmer dieser Firmen, auch wiederum hier im Aargau ihre Steuern bezahlen.

Gemeinden werden entlastet.

Mit einem temporären Steuereinfussabtausch und den zusätzlich 10 Mio. Franken im Jahr 2022, verhindert der Kanton, dass die Gemeinden in den kommenden Jahren rückläufige Steuereinnahmen haben. Durch die dynamischen Effekten, werden die Steuererträge von Gemeinden und Kanton, wieder fortlaufend steigen. Mit der Annahme des Antrages, der Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben (VWA), würde der Kanton, sogar für weitere drei Jahre, bis zu 10 Millionen Franken, jährlich an die Gemeinden auszahlen. Dies jedoch nur, bei allfälligen Mindereinnahmen, gegenüber dem Vorjahr.

Investition in die Zukunft.

Somit entlastet der Kanton die Gemeinden mit insgesamt 71 Mio. Es sind doch beträchtliche Summen, die der Kanton und die Gemeinden, in die Hand nehmen. Doch das ist nötig, denn es ist eine Investition, in die Zukunft des Aargaus. Das dient dem Wirtschaftsstandort und dem Wohnkanton Aargau. Dank der guten Finanzlage vom Kanton Aargau, ist diese Steuervorlage auch finanzierbar.

Fortsetzung auf Seite 16

Dynamische Effekte.

Viel Diskussionen gaben die Dynamischen Effekte. Diese bewirken, dass Firmen, die an das Abwandern dachten, im Aargau bleiben und auch hier wieder investieren. Neue Firmen werden sich zusätzlich ansiedeln oder ihre gewinnstarken Tätigkeiten in unseren Kanton verschieben. Zu bemerken ist, dass Steuer-senkungen in den letzten Jahren, immer höhere Steuererträge brachten, als der Regierungsrat sie prognostizierte.

Sozialer Ausgleich.

Dank den beiden Teilen, der Steuervorlage, findet ein sozialer Ausgleich statt. Nicht nur die gewinnstarken Unternehmen profitieren. 50 % der Steuervorlage, kommt der aargauischen Bevölkerung direkt zugute. Die höheren Pauschalabzüge, für natürliche Personen, nützen vor allem den kleinen Steuerzahlern und dem Mittelstand. Es profitieren alle, Kanton, Gemeinden, Unternehmen und die Menschen im Aargau.

Mit der Steuergesetzrevision 2022, wird langfristig, die Standortattraktivität unseres Kantons, als Wohn- und Arbeitsort erhöht, somit auch viele Arbeitsplätze gesichert und geschaffen.

So viel Steuern zahlen Firmen im Aargau				
Firmen		Steuerbetrag pro Firma	Steuerbetrag total	
Anzahl	in %	in Franken	in Mio. Fr.	in %
12 962	50,7	Mindeststeuer (845)	9,4	1,8
11 260	44,1	845 - 50 000	84,4	15,9
1 250	4,9	50 001 - 1 000 000	226,7	42,6
71	0,3	über 1 000 000	211,1	39,7
Quelle: Zusatzanhörungsbericht der Regierung				

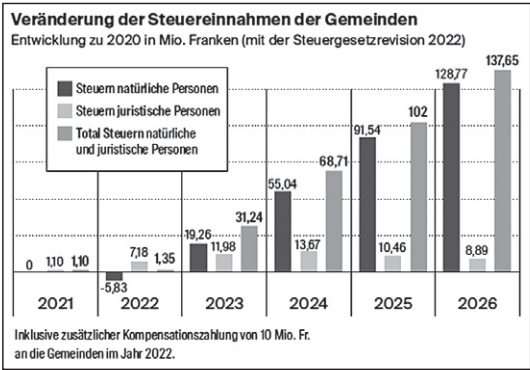
Steuerbares Einkommen	Einkommens-steuer	Steuerreduktion	
		in Franken	in %
20'000	905	99	10.9%
50'000	5'309	182	3.4%
100'000	15'151	203	1.3%
250'000	48'101	225	0.5%

Alleinerziehende

Steuerbares Einkommen	Einkommens-steuer	Steuerreduktion	
		in Franken	in %
20'000	355	43	12.0%
50'000	2'915	128	4.4%
100'000	10'621	182	1.7%
250'000	40'917	214	0.5%

Verheiratete

Steuerbares Einkommen	Einkommens-steuer	Steuerreduktion	
		in Franken	in %
20'000	355	86	24.1%
50'000	2'915	248	8.5%
100'000	10'621	364	3.4%
250'000	40'917	428	1.1%



Zum Artikel von Andreas Glarner: «Kommt nach dem Virus der Blackout?» in: «SVP Aktuell» vom 3. Januar 2022

Fakten zur Corona-Pandemie

von Jean-Pierre Gallati, Regierungsrat, Wohlen



SVP-Kantonalpräsident Andreas Glarner stellte in seinem Beitrag im «SVP Aktuell» vom 3. Januar 2022 verschiedene Behauptungen auf, denen ich als Gesundheitsdirektor die Fakten entgegenstellen möchte.

Behauptung Nr. 1: «Die Schweiz hat mitten in einer Pandemie die Spitalkapazitäten abgebaut».

In seiner Antwort vom 24. November 2021 auf eine SVP-Interpellation hat der Aargauer Regierungsrat ausführlich zu diesem Thema Stellung genommen. Gerne fasse ich wie folgt zusammen:

Die vier Aargauer Spitäler mit Intensivstationen (KSA, KSB, Hirslanden Aarau und Spital Muri) haben ihre Kapazitäten an Intensivbetten zu keinem Zeitpunkt reduziert, sondern im Gegenteil für eine jeweils begrenzte Zeit erweitert, besonders im April

2020 während der 1. Welle sowie im November und Dezember 2020 während der 2. Welle. Zusätzlich zu den 54 zertifizierten Intensivbetten schufen die involvierten vier Spitäler weitere (Adhoc-) Betten und erhöhten in der 1. Welle auf 77 Betten und in der 2. Welle auf 62 Betten. So liessen sich z. B. Aufwachräume zu Intensivstationen umfunktionieren und damit zusätzliche, aber (nicht-zertifizierte) Intensivplätze schaffen. Das für den Betrieb erforderliche Personal konnte spitalintern umgeteilt werden, v.a. während ein vom Bundesrat verordnetes Behandlungsverbot für medizinisch nicht dringende Eingriffe galt. Läuft der normale Operationsbetrieb, wird dieses Personal in den Operationssälen gebraucht. Daher ist es nicht möglich, die nicht-zertifizierten Plätze langfristig aufrecht zu erhalten. Zudem ist das dort eingesetzte Personal nicht genügend ausgebildet, um schwerstkranke Patienten in der Qualität zu betreuen, wie es dem Schweizer Standard entspricht. Besonders Covid-19-Patienten sind sehr betreuungsintensiv.

Behauptung Nr. 2: «Mit dem Ausbilden zusätzlicher Kräfte und mittels grosszügiger Prämien hätte man verlorenen Fachkräfte zurückholen und einen erneuten Kapazitätsengpass vermeiden können.»

Das bereits vorhandene Personal der zertifizierten Intensivstationen hat sich enorm engagiert,

teils über alle Massen. So wurden Pensen aufgestockt und Überstunden geleistet – und Fachkräfte, die den Beruf verlassen hatten, sind zurückgekehrt, um in der Notlage zu helfen. Wenn in einzelnen Spitälern in der letzten Phase der Pandemie Intensivbetten geschlossen werden mussten, so ist dies der Tatsache geschuldet, dass das Personal erschöpft oder selber an Corona erkrankt ist.

Neues Personal lässt sich nicht einfach per Stelleninserat oder Prämie finden. Das haben die Spitäler schon vor der Pandemie gemerkt. Der Markt an Intensivfachkräften ist in ganz Europa ausgetrocknet. Die Spitäler haben Rekrutierungen im In- und Ausland über Personalvermittlungsbüros maximal ausgeschöpft. Nicht viele Ärzte oder Pflegefachkräfte sind gewillt, unter den erschwerten Bedingungen zu arbeiten, die auf Intensivstationen herrschen – auch nicht für grosszügige Prämien. Nicht jedes Problem lässt sich mit Geld lösen.

Die Ausbildung als Arzt auf einer Intensivstation ist ein zusätzlicher Facharzttitel, den man nicht im Eilzugstempo erwerben kann: Es dauert sieben bis zehn Jahre nach Abschluss des Medizinstudiums, bis ein Arzt auf diesem Gebiet als Oberarzt arbeiten kann.

Fortsetzung auf Seite 18

Wer meint, mit einer Aufstockung der Intensivbetten liesse sich das Problem lösen, der irrt. Es gibt auch nicht weniger Brände, wenn man die Feuerwehren aufstockt. Niemand würde auf die Idee kommen, bei Trockenheit und Waldbrandgefahr vor dem 1. August die Feuerwehren aufzustocken, um Waldbrände zu verhindern.

Behauptung Nr. 3:
«Der Bundesrat verschenkte von den 1'700 bestellten Geräten rund 360 Geräte ins Ausland und 766 Geräte wurden eingemottet – was für ein Unsinn!».

In der Schweiz hatten wir während der Pandemie keinen Mangel an Beatmungsgeräten. Dass der Bund nicht benötigte

Beatmungsgeräte in ärmere Länder schickt, hat unserem Land nicht geschadet. Solche Sachleistungen stellen eine Hilfe dar, wie sie unsere Bundesverfassung in Artikel 54 vorsieht.



Wollen Sie Ihre Liegenschaft nachdämmen?

Das ist eine unserer Stärken:

- Beratung und Offerte
- Einfordern der kantonalen Förderbeiträge
- Fachgerechte einwandfreie Arbeitsausführung, wir decken dabei alle Arbeitsgattungen ab

Tel 062 758 12 09 | Fax 062 758 30 16 | www.burgherrag.ch | info@burgherrag.ch

Einladung zum Workshop

«Heraus aus dem Schattendasein – für Frauen, die weiterkommen wollen!»



Samstag, 14. Mai 2022, 09.00 – ca. 11.30 Uhr

Gasthof zum Schützen, Schachenallee 39, 5000 Aarau
Zielpublikum: Alle interessierten SVP Frauen

Workshop-Leitung: **Marjeta Gurtner**

Dipl. Mentaltrainerin, NDS Kulturmanager FH, Executiv Master of Advanced Studies ZHAW

Frau Gurtner lebt Erfolg als Erfolgskultur und gibt dieses ganzheitliche Bewusstsein weiter. Sie trainiert Führungskräfte, explizit Frauen in Führungspositionen, stärkt die Auftrittskompetenz und macht mithilfe mentaler Methoden den Erfolg möglich.

Wir freuen uns, mit Ihnen einen spannenden und
lehrreichen Vormittag zu verbringen.

Es wird um **Anmeldung**, bis spätestens **Sonntag, 01. Mai 2022**, an
Annamarie Würsten gebeten:
(beschränkte Teilnehmerzahl, Anmeldungen nach Eingang)

Annamarie Würsten
Oberriedenstrasse 43
5412 Gebenstorf

wuersten@swissonline.ch

056 223 37 84

SVP Frauen Aargau



Gebr. Maurer Automobile GmbH

Tel. 062 897 21 21 • Bahnhofmatten 2 • 5502 Hunzenschwil



Auszug aus dem Tätigkeitsbereich

- Verkauf, Service und Reparaturen von Personenwagen und Nutzfahrzeugen
- Abgaswartung von Dieselmotoren
- Neu: Elektronische Lenkgeometrie-Vermessung
- Bus, Lieferwagen- und Personenwagenvermietung
- Fahrzeug- und Transportkühlanlagenbau
- Langjährige Mitarbeiter bieten hohen Wissensstand
- Profitieren Sie von unserer Vielseitigkeit!

«Ganz in Ihrer Nähe»

«Hinweis: Auch mit dem neuen Einzahlungsschein kann wie mit dem alten auf der Poststelle eine Zahlung ausgelöst werden.»»

Empfangsschein

Konto / Zahlbar an
CH14 8080 8004 7674 8854 8
SVP Aargau
Gässli 4
CH-5603 Staufen

Zahlbar durch (Name/Adresse)

Währung Betrag
CHF

Annahmestelle

Zahlteil



Währung Betrag
CHF

Konto / Zahlbar an
CH14 8080 8004 7674 8854 8
SVP Aargau
Gässli 4
CH-5603 Staufen

Zahlbar durch (Name/Adresse)

Ihre Unterstützung schafft Mehrwert für den Aargau!

Öffentliche Informationsveranstaltung

F35 – Sicherheit am Schweizer Himmel

mit Bundesrätin Viola Amherd

Vorsteherin VBS



Donnerstag, 5. Mai 2022
Mehrzweckhalle Holziken
Türöffnung 18 Uhr



Vorteil für alle!

weniger-steuern-fuer-alle.ch

SEMOFIX /



*Ihr Fachbetrieb für Insektenschutz
und Innenbeschattung*

SEMOFIX AG www.semofix.ch 062 871 63 07



fräsen • bohren • seilsägen • pressen

20 JAHRE
Müller
Beton- und Steintrenntechnik GmbH

5707 Seengen | 5616 Meisterschwanden
062 777 42 43 | muellerbeton.ch

20 Jahre Club «Bürgerliche 100» Marco Chiesa zu Gast im Aargau

von Vreni Friker, Oberentfelden



Der **Club «Bürgerliche 100»** dient einerseits der Mittelbeschaffung zu Gunsten der SVP Aargau, andererseits bildet er für

Mitglieder ein **hervorragendes Netzwerk** zwischen Gewerbe, Industrie, Gesellschaft und Behördenvertretern aus Kanton und Bund.

Jährlich werden in der Regel vier bis fünf **exklusive Anlässe für die Mitglieder** organisiert. Nach zwei schwierigen Jahren, in welchen infolge der Pandemie regelmässig Veranstaltungen verschoben und mehrfach abgesagt werden mussten, lädt der Vorstand mit grosser Freude zur **20. Jubiläumsversammlung** ein. Diese findet am **Freitag, 17. Juni 2022, ab 18.00 Uhr, im Hotel Krone Lenzburg** statt. **Ständerat und Parteipräsident Marco Chiesa** wird uns

die Ehre erweisen. Wir freuen uns auf seine flammende Rede und eine grosse Teilnehmerschar. Zwei weitere Club-Anlässe in den Monaten August und November werden zurzeit vorbereitet. Aktuelle Informationen findet man unter: www.club100.ch



Vorstand Club Bürgerliche 100. Vlnr: Vreni Friker, Thomas Burgherr, Yvonne Heggli, Thomas Lüpold, Milly Stöckli, Benjamin Brander (Aspirant), Michaela Huser. Es fehlt: Christoph Riner.

GLOBAL präsent
LOKAL verankert



FINDEN SIE IHREN JOB BEI UNS | www.bertschi.com

Auf Wasser, Schiene und Strasse
Intermodale Logistik seit 1956

BERTSCHI

WAS WANN WO

Überblick über die Veranstaltungen und Anlässe in den Bezirken und Sektionen der SVP Aargau

Hinweis: Weitere Termine und Aktualisierungen immer aktuell auf der Internetseite www.svp-ag.ch

Delegiertenversammlung SVP Schweiz

9. April 2022

Kantonalvorstandssitzung

13. April 2022

Kantonalparteitag

13. April 2022

GV SVP Bezirk Lenzburg

4. Mai 2022

Informationsveranstaltung «F35-Sicherheit am Schweizer Himmel»

5. Mai 2022, 18.00

Mit Bundesrätin Viola Amherd
Mehrzweckhalle Holziken, SVP Holziken

Maitagung SVP Bezirk Bremgarten

13. Mai 2022, 18.30

Casino Wohlen, Anmeldung/Reservation
www.svp-bezirkbremgarten.ch

Abstimmungssonntag

15. Mai 2022

Politapéro mit Sessionsrückblick

18. Juni 2022, 11.00

Gasthof Adler, Birnenstorf

Politapéro mit Sessionsrückblick

20. Juni 2022, 19.30

Gasthof Schützen, Aarau

Delegiertenversammlung SVP Schweiz

20. August 2022

Kantonalparteitag

24. August 2022

Abstimmungssonntag

25. September 2022

Politapéro mit Sessionsrückblick

1. Oktober 2022, 11.00

Gasthof Adler, Birnenstorf

Politapéro mit Sessionsrückblick

3. Oktober 2022, 19.30

Gasthof Schützen, Aarau

Delegiertenversammlung SVP Schweiz

22. Oktober 2022

Kantonalparteitag

26. Oktober 2022

Abstimmungssonntag

27. November 2022

Kantonalvorstandssitzung

8. Dezember 2022

Politapéro mit Sessionsrückblick

17. Dezember 2022, 11.00

Gasthof Adler, Birnenstorf

Politapéro mit Sessionsrückblick

19. Dezember 2022, 19.30

Gasthof Schützen, Aarau

A.Z.
CH-5603 Staufen
Post CH AG

B

Weibel
Text Bild Druck

Weibel Druck AG
Aumattstrasse 3
5210 Windisch

056 460 90 60
info@weibeldruck.ch
www.weibeldruck.ch

DRUCKfrisch
aus der Region



printed in
switzerland

